

W1NEU2 Zeitwende in der Finanzpolitik

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Um den Herausforderungen der Zwanzigerjahre in Bezug auf Klimakrise,
2 Sicherheitspolitik, Armut, Gender-Ungleichheit sowie Flucht und Migration
3 kraftvoll zu begegnen, fordern wir eine Zeitenwende in der deutschen und
4 europäischen Finanzpolitik. Mit der Modern Monetary Theory (MMT) soll sie auf
5 ein zeitgemäßes wissenschaftliches Fundament gestellt werden (Begründung, Teil
6 2). Unsere konkreten Forderungen, die sich aus dem Zusammentreffen der
7 Erkenntnisse der MMT und unseren sozialdemokratischen Überzeugungen ergeben sind
8 folgende:

- 9 • Wir fordern eine grundsätzliche Abschaffung der Schuldenbremse aus Art. 115
10 Abs. 2 GG. Stattdessen soll Art. 115 Abs. 2 GG die deutsche Fiskalpolitik an
11 einen Vierklang aus folgenden Zielen binden: Klimaschutz, Vollbeschäftigung,
12 Armutsbekämpfung und Preisstabilität. (Begründung, Teil 3)
 - 13 • Wir fordern eine Abschaffung der Europäischen Schuldenregeln, der Nicht-
14 Beistandsklausel und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts.
15 Stattdessen soll ein Europäisches Finanzministerium die Tätigkeit notwendiger
16 Investitionen in
17 Klimaschutz, Armutsbekämpfung, Sicherheit und humanitäre Hilfe sicherstellen.
18 (Begründung, Teil 4)
 - 19 • Wir fordern eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische
20 Stärkung der Gewerkschaften. (Begründung, Teil 5)
 - 21 • Wir fordern die Implementierung einer Job-Garantie (JG) zur Sicherstellung von
22 Vollbeschäftigung, einem menschenwürdigen Existenzminimum und konjunktureller
23 Stabilität. (Begründung, Teil 6)
 - 24 • Wir fordern die Implementierung eines Europäischen Green New Deals (GND) zur
25 effektiven Bekämpfung der Klimakrise unter Berücksichtigung der sozialen Frage.
26 (Begründung, Teil 7)
 - 27 • Wir fordern eine staatliche Vergütung von Care-Arbeit. (Begründung, Teil 8)
- 28 Wir betrachten die aufgeführten Maßnahmen als Meilensteine auf dem Weg die
29 Unzulänglichkeiten des Kapitalismus zu überwinden, sind uns aber voll bewusst,
30 dass dieser Weg durch die genannten Korrekturen in der Finanzpolitik noch lange
31 nicht zu Ende ist.

32 1. Einleitendes

33 Die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhundert sind ein Jahrzehnt, in dem schicksalhafte
34 Entscheidungen über die Zukunft der Bürger:innen in Deutschland, aber darüber
35 hinaus in
36 ganz Europa und der ganzen Welt getroffen werden. Es hängt von den
37 Weichenstellungen in
38 diesem Jahrzehnt ab, ob die Klimakrise auf ein Ausmaß zu begrenzen ist, welches
39 das Leben
40 auf unserem Planeten in der Form wie wir es kennen weiterhin möglich macht. Es
41 hängt
42 ebenfalls von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob sich die
43 Europäische
44 Staatengemeinschaft effektiv gegen militärische und terroristische Bedrohungen
45 schützen
46 kann und ob sie weiterhin ein beachteter und einflussreicher Akteur ist.
47 Angesichts dieser
48 epochalen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren zu treffen sind, lastet
49 die
50 Verantwortung, die auf den politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch auf
51 jeder:m
52 Bürger:in gewaltig. Als Jusos verstehen wir es als integralen Teil dieser
53 Verantwortung, bei den
54 genannten Weichenstellungen alle Angehörigen unserer Gesellschaft mitzudenken
55 und Kosten
56 und Nutzen sozial gerecht zu verteilen.

57 Wir sind uns einig – die ökologische Transformation unserer Zivilisation muss so
58 schnell wie
59 möglich erfolgen. Ebenso dürfen wir bei der Gewährleistung unserer Sicherheit
60 keinen Tag
61 nachlässig sein. Humanitäre Notlagen, wie die Lebensumstände von Menschen die
62 bei uns
63 Schutz vor Elend, Tod und Verfolgung suchen, dürfen wir keinen Augenblick
64 hinnehmen. Dass
65 die Klimakrise, die Sicherheitskrise und die vielen humanitären Krisen kausal
66 miteinander
67 zusammenhängen, zeigt zudem, dass auch eine sinnvolle Lösung dieser Krisen nur
68 zusammenhängend gedacht werden kann. Es ist also deutlich: die Herausforderungen
69 im
70 Hinblick auf Klima, Sicherheit und die humanitäre Lage müssen gleichzeitig und
71 so schnell wie
72 möglich angepackt werden.

73 Aber was heißt eigentlich ‚so schnell wie möglich‘? Neben dem Vorhandensein von
74 technischen Lösungen, guten politischen Ideen und weitsichtigen Strategien ist
75 bei dieser
76 Frage vor allem auch das Budget von entscheidender Bedeutung. Der Umfang und die

77 Zuteilung von Haushaltsmitteln haben erheblichen Einfluss darauf, wie schnell
78 und wie effektiv
79 Lösungsideen für die aufgeworfenen Probleme umgesetzt werden können. Es ist also
80 bei den
81 vor uns liegenden Weichenstellungen von entscheidender Bedeutung, die
82 finanziellen
83 Möglichkeiten unseres Staates richtig einzuschätzen und politische
84 Entscheidungen auf der
85 Grundlage einer fundierten Kenntnis fiskalischer Vorgänge aufzubauen. Dieser
86 Antrag soll dazu
87 dienen den Diskurs über die Finanzpolitik mit Hilfe der Modern Monetary Theory
88 (MMT) auf
89 eine fundierte theoretische Grundlage zu stellen und Perspektiven zu entwickeln,
90 wie
91 progressive Lösungen der gegenwärtigen Krisen auf dem Fundament einer
92 vernünftigen
93 Fiskalpolitik aussehen könnten. Die MMT ist eine im akademischen Diskurs breit
94 diskutierte
95 Geld- und Wirtschaftstheorie, die in Anlehnung an den Keynesianismus
96 makroökonomische
97 Zusammenhänge auf der Grundlage der Funktionsweise unseres modernen
98 Finanzsystems
99 erklärt. Im Folgenden wollen wir die zentralen deskriptiven Erkenntnisse der MMT
100 skizzieren
101 und anschließend auf dieser theoretischen Grundlage unsere
102 wirtschaftspolitischen
103 Forderungen darlegen.

104 2. Erkenntnisse der MMT

105 2.1 Was ist Geld

106 Modernes Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Der Staat definiert die
107 Währung, in der
108 Zahlungen an ihn zu tätigen sind und in der er selbst Zahlungen tätigt. In den
109 meisten Staaten
110 der Europäischen Union heißt diese Währung Euro. Der Staat hat zudem ein Monopol
111 auf die
112 Schöpfung seiner Währung. In der Eurozone – einer Währungsunion – ist der
113 Prozess der
114 Währungsschöpfung institutionell etwas komplexer als in einem Staat mit eigener
115 Landeswährung. Dennoch ändert auch die gemeinsame Währung der Eurozone nichts an
116 der
117 Tatsache, dass unser Geld ein Produkt der staatlichen (europäischen)
118 Rechtsordnung ist.
119 Während Bürger:innen und Unternehmen die staatliche Währung einfach nur für ihre

120 ökonomische Aktivität nutzen, ist der Staat selbst nicht einfacher Nutzer
121 sondern Schöpfer
122 dieser Währung. Gesetzt den Fall ein Staat bindet seine Währung nicht zu einem
123 fixen Kurs an andere
124 Vermögenswerte (z.B. Fremdwährungen oder Gold), ist er in seiner Geldpolitik
125 vollkommen
126 unabhängig. Er kann die Leitzinsen beliebig festsetzen und in beliebigem Umfang
127 Währung in
128 Umlauf bringen.

129 Der Staat kann sich in Währungsfragen aber auch Regeln und Einschränkungen
130 auferlegen. Er
131 kann zum Beispiel seine Währung zu einem festen Austauschverhältnis an andere
132 Vermögenswerte binden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren deutsche Währungen
133 etwa
134 zu einem festen Wechselkurs an Gold gebunden (Goldstandard). Nach dem Zweiten
135 Weltkrieg
136 war die Bundesrepublik Teil des Bretton-Woods-Systems, in dem die Deutsche Mark
137 zu einem
138 festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden war. Auch das Europäische
139 Währungssystem
140 (EWS) war ein solches Regime fixierter Wechselkurse. Derartige
141 Währungsanbindungen
142 schränken den Spielraum eines Staats, die eigene Währung in Umlauf zu bringen
143 und Einfluss
144 auf Kredit- und Anleihezinsen zu nehmen ein. Wenn bei fixierten Wechselkursen
145 die im Umlauf
146 befindliche Menge einer Währung ausgeweitet wird, sinkt deren Wert relativ zu
147 der anderen
148 Währung des Wechselkursregimes. Da aber das Austauschverhältnis fixiert ist, ist
149 die Währung
150 überbewertet. Das führt zu Kapitalflucht und Wettbewerbsnachteilen im Land mit
151 der
152 überbewerteten Währung.

153 Der Euro ist an keine andere bedeutende Währung gebunden. Sein Wechselkurs zu
154 anderen
155 Währungen ist frei. Deswegen sind die geldpolitischen Institutionen der Eurozone
156 (das System
157 nationaler Zentralbanken (ESZB) und anderen Spitze die Europäische Zentralbank
158 (EZB)) in
159 ihrer Geldpolitik unabhängig. Man spricht in diesem Fall von monetärer
160 Souveränität.

161 2.2 Wie funktionieren Staatsausgaben

162 Wenn ein Staat mit souveräner Währung Ausgaben tätigt, schöpft er das benötigte
163 Geld kraft
164 seines Währungsmonopols über seine Zentralbank. Alle Staaten der Eurozone haben
165 ein Konto
166 bei ihrer nationalen Zentralbank und damit indirekt bei der EZB. In Deutschland
167 ist dies das
168 Zentralkonto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Genauso haben
169 Geschäftsbanken
170 Konten bei ihrer nationalen Zentralbank.

171 Wenn der deutsche Staat Ausgaben tätigt, passiert Folgendes: Die Bundesbank
172 bucht das
173 Zentralbankkonto derjenigen Geschäftsbank hoch, bei der der/die
174 Zahlungsempfänger:in der
175 staatlichen Ausgabe sein/ihr Konto hat. Dafür schreibt die Geschäftsbank den von
176 der
177 Bundesbank erhaltenen Betrag auf dem Konto des/der Zahlungsempfänger:in gut. In
178 dem
179 Moment, in dem die Bundesbank das Zentralbankkonto der Geschäftsbank hochbucht,
180 erzeugt
181 sie Geld. Dieses Geld war zuvor nicht da und wird durch die Gutschrift bei der
182 Geschäftsbank
183 durch die Bundesbank geschöpft. In der Bilanz der Bundesbank ist dadurch eine
184 zusätzliche
185 Verbindlichkeit entstanden. Damit die Bilanz der Bundesbank ausgeglichen ist,
186 wird das
187 Zentralkonto des Bundes um den entsprechenden Betrag belastet. Der Bund hat also
188 sozusagen jetzt ‚Schulden‘ bei der Bundesbank. Das ist so formal auch logisch,
189 denn schließlich
190 hat die Bundesbank durch ihre Gelderzeugung ja die Ausgabe des Bundes getätigt.
191 Aber was
192 ist die Bedeutung dieser ‚Schulden‘?

193 Der Bund und die Bundesbank sind beide Institutionen des Deutschen Staates. Zu
194 behaupten,
195 eine staatliche Institution habe Schulden bei der anderen staatlichen
196 Institution ist nicht
197 sinnvoll. An dem Verschuldungsgrad des Staats als Ganzem ändert das schließlich
198 nichts. Wenn
199 der Bund 100€ ‚Schulden‘ bei der Bundesbank hat, hat die Bundesbank 100€
200 ‚Forderungen‘ beim Bund. Damit ist die Nettoverschuldung des Staats trotzdem
201 Null. Natürlich hat die Bundesbank im Beispiel der Staatsausgaben Geld an eine
202 Geschäftsbank bezahlt. Insofern hat der Staatssektor als Ganzes trotzdem eine
203 Netto-Verbindlichkeit gegenüber dem Privatsektor.

204 Bei den beschriebenen Bilanzausgleichungen wird diese Verbindlichkeit als

205 negatives
206 Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes abgebildet. Aber von Schulden zu
207 sprechen
208 wäre dennoch in der Sache falsch, denn das Geld ist ja durch das Hochbuchen des
209 Zentralbankkontos der Geschäftsbank durch die Bundesbank entstanden. Die
210 Bundesbank hat
211 sich dieses Geld nirgends ausgeliehen. Sie hat es – kraft ihres Währungsmonopols
212 – einfach
213 geschaffen. Das negative Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes ist
214 nichts weiter
215 als der ‚Bilanzschatten‘ dieser Gelderzeugung durch die Zentralbank.

216 Steuereinnahmen haben hier zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt. Wie anhand
217 der
218 beschriebenen Prozesse deutlich wird, könnte der Bund theoretisch bis in alle
219 Ewigkeit in
220 seiner eigenen Währung Ausgaben tätigen, ohne irgendeiner Instanz oder einem
221 Menschen
222 dafür etwas schuldig zu sein. Das ist so aus dem einfachen Grund, weil der Staat
223 Währungsschöpfer ist. Kein:e Bürger:in muss jemals irgendetwas bezahlen, was der
224 Staat
225 zuvor ausgegeben hat. Der/die Steuerzahler:in bezahlt keine Staatsausgaben und
226 folglich
227 werden mit Staatsausgaben auch unter keinen Umständen künftige Generationen
228 belastet.
229 Bei der Steuerzahlung fließt Geld von den Konten von Bürger:innen und
230 Unternehmen über
231 das Kontensystem der Zentralbank auf das Zentralkonto des Bundes. Hier
232 verringern die
233 Steuerzahlungen also das negative Nettovermögen des Bundes. Die finanzielle
234 Situation des
235 Staates ändert das allerdings in keiner Weise. Selbst wenn sich der Staat nach
236 jahrelangen
237 Haushaltsüberschüssen im herkömmlichen Sinne ‚entschulden‘ und ‚Rücklagen‘
238 bilden würde,
239 wäre das finanziell völlig bedeutungslos. Selbst ein positives Nettovermögen auf
240 dem
241 Zentralkonto des Bundes heißt im Endeffekt nur: Der Bund hat ein Guthaben bei
242 der
243 Bundesbank, bzw. die Bundesbank hat eine Verbindlichkeit gegenüber dem Bund. Das
244 ist
245 bedeutungslos, denn das Nettoguthaben oder die Nettoverschuldung des Staats als
246 Ganzem
247 ist immer noch Null. Das positive Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes
248 verändert
249 die Möglichkeit Ausgaben zu tätigen in keiner Weise. Steuern finanzieren keine
250

Staatsausgaben.

251 Der Staat muss sich also die finanziellen Ressourcen für seine Ausgaben weder
252 von
253 Steuerzahler:innen beschaffen, noch mittels Krediten vom Privatsektor ausleihen,
254 denn in der
255 institutionellen Gestalt der Zentralbank ist der Staat selbst unerschöpfliche
256 Quelle von Geld.
257 Der Staat kann ganz ohne Steuereinnahmen und Kreditaufnahme in seiner eigenen
258 Währung
259 unbegrenzt Geld ausgeben und wird trotzdem niemals in dieser Währung ‚Pleite
260 gehen‘. Denn
261 in seiner Ausgabebetätigkeit ist es dem Staat unmöglich sich im herkömmlichen
262 Sinne zu
263 verschulden, da er die ausgegebenen Mittel stets selbst erzeugt. Steuern und
264 staatliche Kredite
265 (staatliche Kreditaufnahme funktioniert über die Emission von Staatsanleihen)
266 sind für die
267 Staatsfinanzierung nicht notwendig. Ebenso bedeuten Haushaltsüberschüsse auch
268 keine
269 erweiterten finanziellen Spielräume für den Staat, denn er kann für seine
270 Ausgabewünsche
271 unbegrenzt Geld schöpfen – ganz gleich ob er in einer bestimmten Zeitperiode
272 (z.B. einem
273 Jahr) dem Wirtschaftskreislauf über Steuern weniger, gleich viel, oder mehr Geld
274 entzieht wie
275 er in dieser Periode ausgegeben hat.
276 Wir halten fest: Steuern (und Staatsanleihen) finanzieren keine Staatsausgaben
277 und
278 Haushaltsdefizite sind folglich auch keine Belastung für künftige Generationen.
279 Wozu braucht
280 es dann überhaupt Steuern und weshalb emittiert der Staat dann Staatsanleihen?

281 2.3. Wozu Steuern

282 Obwohl Steuern für die Staatsfinanzierung im monetären Sinne bedeutungslos sind,
283 haben sie
284 eine große Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst dienen sie dazu,
285 dass die
286 staatliche Währung in Wirtschaft und Bevölkerung akzeptiert wird. Indem der
287 Staat
288 Steuerforderungen in der von ihm definierten Währung erhebt, schafft er eine
289 Nachfrage für
290 diese Währung. Schließlich benötigen alle Bürger:innen und Unternehmen die
291 Währung um
292 ihre Steuerschuld zu tilgen. Darüber hinaus sind Steuern das zentrale Instrument

293 der
294 Umverteilung von Vermögen und indem sie Bürger:innen und Unternehmen Kaufkraft
295 entziehen, schaffen sie Platz für die staatliche Nachfrage nach Gütern und
296 Dienstleistungen.
297 Zuletzt können Konsumsteuern als Lenkungsinstrumente eingesetzt werden, wie das
298 etwa von
299 der Tabaksteuer bekannt ist. Steuern sind also unverzichtbar – allerdings dienen
300 sie nicht dazu
301 irgendetwas zu finanzieren. Insofern ist auch die Formel „Starke Schultern
302 müssen mehr
303 tragen“ in der Sache ökonomisch falsch. Wir brauchen das Geld der Reichen nicht
304 um Armut
305 zu bekämpfen, den Klimawandel aufzuhalten und humanitäre Katastrophen
306 abzuwenden. Wir
307 können es ihnen trotzdem wegzunehmen, damit sie mit ihrem Konsum nicht so viele
308 Treibhausemissionen verursachen, gesellschaftliche Machtasymmetrien aufbauen und
309 keine
310 Ressourcen in Anspruch nehmen, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden
311 könnten. Das
312 ist aber eine politische Frage und keine ökonomische. Umverteilung ist
313 selbstverständlich
314 weiterhin notwendig. Die Sicherstellung formal gleicher Chancen reicht nicht
315 aus, um
316 gesellschaftliche Asymmetrien gerecht auszugleichen.
317 Jedenfalls müssen wir unsere linken Narrative von der Vorstellung befreien, der
318 Staat sei
319 finanziell auf das Geld der Reichen angewiesen. Das zeugt von einer Unkenntnis
320 der
321 Funktionsweise modernen Geldes und verspielt Vertrauen in unsere ökonomische
322 Kompetenz.

323 2.4. Wozu Staatsanleihen

324 Und was ist mit den Staatsanleihen? Staatsanleihen sind verzinste staatliche
325 Wertpapiere, die
326 von Akteur:innen des Privatsektors erworben werden können. Sie können
327 unterschiedliche
328 Laufzeiten haben und werden nach Ablauf der Laufzeit vom Staat wieder ausgelöst.
329 Beim Kauf
330 einer Staatsanleihe geschieht bilanziell genau das gleiche wie bei der
331 Steuerzahlung. Einlagen
332 auf dem Konto des/der Käufer:in werden gestrichen und auf dem Zentralkonto des
333 Bundes
334 gutgeschrieben. Sowohl durch Steuereinnahmen als auch durch die Emission von
335 Staatsanleihen kann der Bund den Saldo auf dem Zentralkonto des Bundes erhöhen.
336 Wie inzwischen deutlich geworden sein dürfte, ist das für die Tätigkeit von

337 Staatsausgaben
338 ökonomisch gesehen völlig unerheblich. Der deutsche Staat hat sich allerdings
339 rechtliche
340 Auflagen gegeben, welche die Ausgabentätigkeit künstlich einschränken. Genauer
341 handelt es
342 sich hierbei um die §§ 19 & 20 des Bundesbankgesetzes. Hier ist normiert, dass
343 das
344 Zentralkonto des Bundes nur innerhalb eines Tages überzogen werden darf, aber
345 nach Ablauf
346 eines Tages stets wieder ausgeglichen werden muss. Aus rechtlichen – nicht aus
347 ökonomischen
348 – Gründen darf das Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes also
349 tatsächlich nicht
350 negativ sein. Aus diesem Grund muss der Bund also tatsächlich bei einer Ausgabe
351 entweder
352 durch Steuereinnahmen oder die Emission von Staatsanleihen sein Konto
353 ausgleichen. Es
354 handelt sich hierbei um eine rechtliche Selbstbindung, nicht um eine ökonomische
355 Notwendigkeit. Auch das muss Basiswissen in der politischen Debatte sein. Wir
356 fordern keine
357 Abschaffung dieser Regeln. Staatsanleihen sind durchaus sinnvoll, denn erstens
358 sind
359 Staatsanleihen für den Privatsektor i.d.R. ein risikofreies Sparinstrument und
360 zweitens entzieht
361 die Begabe von Staatsanleihen dem Privatsektor Kaufkraft, was bei einer
362 umfangreichen
363 staatlichen Ausgabentätigung zur Stabilisierung des Preisniveaus wichtig ist
364 (siehe nächster
365 Abschnitt). Allein, Staatsanleihen sind genauso wenig wie Steuern für die
366 Tätigkeit von
367 Staatsausgaben notwendig.

368 2.5 Inflation und realwirtschaftliche Grenzen der Staatsausgaben

369 Die Frage, wie hoch staatliche Ausgaben idealerweise tatsächlich sein sollten
370 ist aber durch
371 die schiere theoretische Möglichkeit unbegrenzter Staatsausgaben noch nicht
372 beantwortet.
373 Wenn Preisstabilität gewährleistet werden soll, können die Staatsausgaben in der
374 Tat nicht
375 unendlich hoch sein. Schließlich kann vom Staat nur gekauft werden, was in der
376 staatlichen
377 Währung zum Verkauf steht. Da aufgrund knapper Ressourcen das Angebot an Gütern,
378 Dienstleistungen und Arbeit begrenzt ist, kann eine zu hohe staatliche Nachfrage
379 zu
380 steigenden Preisen führen. Allerdings ist das erst der Fall, wenn das Angebot

381 der
382 nachgefragten Gegenstände selbst nicht mehr steigen kann. Hier liegt also die
383 natürliche
384 Grenze der staatlichen Ausgabentätigkeit – vorausgesetzt ein konstantes
385 Preisniveau wird
386 angestrebt (wofür wir selbstverständlich eintreten). Wenn es zu politischen
387 Zwecken (wie dem
388 Kampf gegen die Klimakrise) notwendig ist, staatlicherseits mehr Ressourcen zu
389 beanspruchen
390 als nach Abzug der privaten Nachfrage verfügbar sind, muss dem Privatsektor
391 Kaufkraft
392 entzogen werden, damit das Preisniveau gehalten werden kann. Dafür sind Steuern
393 und
394 Staatsanleihen probate fiskalische Steuerungsinstrumente.
395 Inflation ist ein dauerhafter Anstieg des Preisniveaus. Sie kann durch
396 unterschiedlichste
397 Faktoren bedingt sein. Allgemein wird zwischen der (angebotsseitigen)
398 Kostendruckinflation
399 und der nachfrageinduzierten Inflation unterschieden. Bei der
400 Kostendruckinflation führen
401 negative Produktionsschocks (z.B. im Agrarsektor eine klimatisch bedingte
402 Missernte) oder
403 Friktionen in Lieferketten zu einer Verknappung des Angebots. Bei
404 gleichbleibender Nachfrage
405 steigt dann der Preis. Bei verbreitet eingesetzten Rohstoffen wie Öl, Gas oder
406 auch Weizen
407 erhöhen gestiegene Preise unmittelbar die Produktionskosten für zahlreiche
408 weitere
409 Produkte. Es kommt also zu einer angebotsseitigen Kettenreaktion der
410 Preissteigerungen, die
411 sich zu einem steigenden allgemeinen Preisniveau aufaddieren.
412 Nachfrageinduzierte Inflation
413 kommt grob gesagt zustande, wenn die Kaufkraft der Konsument:innen schneller
414 steigt als das
415 Angebot der Unternehmen. Solche Kaufkraftsteigerungen können etwa die Folge von
416 Lohnerhöhungen sein. Allerdings wäre es falsch davon auszugehen, dass
417 Lohnsteigerungen
418 automatisch zu steigenden Preisen führen. Erstens können Unternehmen in einer
419 Konkurrenzsituation nicht willkürlich ihre Preise anheben, weil sie sonst um
420 ihren Marktanteil
421 bangen müssten. (Insofern wirken Lohnsteigerungen als Umverteilungsmechanismus
422 von
423 Kapital zu Arbeit). Zweitens kann eine gestiegene Nachfrage (sofern noch
424 Produktionsfaktoren
425 verfügbar sind) zu einer Ausweitung der Produktion und ggf. in diesem Zuge durch
426 den
427 Markteintritt neuer Anbieter sogar zu Preissenkungen führen.

428 Im schlechtesten Fall wirken beide Kausalfaktoren der Inflation zusammen. Das
429 ist das Szenario
430 einer Lohn-Preis-Spirale: Gestiegene Preise führen zu höheren Lohnforderungen
431 der
432 Arbeitnehmer:innen, und die in der Folge steigenden Löhne führen wieder zu noch
433 weiter
434 steigenden Preisen, da sie ja ihrerseits eine Komponente der Produktionskosten
435 sind.
436 Von Ausweitungen und Verknappungen der Geldmenge ist die Inflation aber nur
437 bedingt
438 abhängig. Die monetaristische Idee, dass Inflation immer und überall schlichtweg
439 das Ergebnis
440 zu expansiver Geldpolitik sei, hat sich nicht bewährt. Sie ist schon allein
441 deshalb falsch, weil
442 eine Erhöhung der (Zentralbank-)Geldmenge (z.B. durch den Ankauf von
443 Staatsanleihen durch
444 die Zentralbank) kaum in die Realwirtschaft vordringt. Geschäftsbanken sind
445 heute in ihrer
446 Kreditvergabe weitgehend unabhängig von der Menge an Zentralbankgeld, die ihnen
447 durch
448 den Abkauf von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt wird. Die Kreditvergabe ist
449 im
450 Wirtschaftssystem endogen. Die Zentralbank hat allenfalls über den Leitzins
451 Auswirkungen
452 darauf.

453 Die gegenwärtig hohen Preissteigerungen sind vor allem auf die nach wie vor
454 pandemiebedingte
455 Beeinträchtigung von Lieferketten und realwirtschaftliche Auswirkungen des
456 russischen
457 Angriffskriegs in der Ukraine zurückzuführen. Sie haben mit der Geldpolitik der
458 EZB wenig und
459 mit deren Anleihenkäufen praktisch gar nichts zu tun. Die Geldpolitik kann die
460 Inflation um
461 den Preis einer Rezession durch scharfe Leitzinserhöhungen bremsen, allerdings
462 sind dadurch
463 die Inflationsursachen selbst noch lange nicht nachhaltig beseitigt. Inflation
464 ist ein weitgehend
465 realwirtschaftliches Phänomen und als solches sollte sie auch behandelt werden.
466 Für die Ausgabentätigkeit des Staats bedeutet diese Erkenntnis, dass eine
467 expansive
468 Fiskalpolitik ein Inflationsrisiko sein kann, aber nicht sein muss. Steigert der
469 Staat in Zeiten
470 negativer Angebotsschocks oder im Zustand der Ausreizung der
471 volkswirtschaftlichen
472 Ressourcen seine Ausgaben kommt es zur Übernachfrage und damit zur Gefahr von
473

474 (nachfrageinduzierter) Inflation. Sind allerdings noch Ressourcen verfügbar,
475 führen steigende
476 Staatsausgaben nicht zur Inflation. Hier zeigt sich wieder: Es gibt eine
477 (sinnvolle) Grenze der
478 Staatsausgaben, aber die rührt von realwirtschaftlichen Ressourcenknappheiten
479 und nicht von
480 einer vermeintlichen monetären Knappheit her.
481 Mit diesen Erkenntnissen über das moderne Finanzsystem im Hinterkopf wollen wir
482 nun einige
483 wirtschaftspolitische und rechtliche Regelungen adressieren, die nicht im
484 Einklang mit der
theoretischen Vernunft der vorangegangenen makroökonomischen Analyse stehen.

485 3. Abschaffung der Schuldenbremse

486 Gemäß der in Art. 115 Abs. 2 GG verankerten sogenannten ‚Schuldenbremse‘ darf
487 die
488 Bundesregierung grundsätzlich nicht mehr Geld ausgeben, als dem Bundeshaushalt
489 durch
490 Steuereinnahmen zufließt. Genau genommen darf ein strukturelles Haushaltsdefizit
491 in Höhe
492 von 0,35% des BIP hingenommen werden (vgl. Art. 115 Abs. 2 GG). Die sogenannte
493 Konjunkturkomponente in der Schuldenbremse lockert diese harte Budgetrestriktion
494 in
495 Rezessionszeiten auf. Allerdings sieht die Formulierung im Gesetzestext
496 derartige Ausnahmen
497 von der Schuldenbremse nur für den Fall vor, wenn das Wirtschaftswachstum
498 signifikant
499 negativ von seinem Trend abweicht (konventionelle Berechnung der sog. Output-
500 Lücke).
501 Allerdings kann es sein, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen der
502 Bundesrepublik auch
503 bei trendmäßig wachsendem BIP nicht ausgelastet sind. In diesem Fall besteht bei
504 einer
505 Erhöhung der Staatsausgaben kein Inflationsrisiko. Dennoch muss unter der
506 aktuellen Norm
507 auch in diesem Fall die Schuldenbremse eingehalten werden. Das erschwert den
508 Kampf gegen
509 Arbeitslosigkeit, Armut und Klimakrise mit dem Instrumentarium der Fiskalpolitik
510 erheblich.
511 Wie aus dem vorangegangenen Theorieteil hervorgeht, macht eine solche
512 vermeintliche
513 ‚Schulden‘-Regel ökonomisch keinen Sinn. Sie baut auf einem grundfalschen
514 Verständnis
515 staatlicher Finanzen auf, denn sie behandelt den öffentlichen Haushalt wie einen
516 Privathaushalt (Währungsnutzer anstatt Währungsschöpfer).

517 Die neoliberale Sparideologie darf keinen mangelnden Willen für politische
518 Reformen
519 legitimieren. Notwendige Zukunftsinvestitionen dürfen nicht von willkürlichen
520 Kennzahlen
521 verzögert werden.

522 Sowohl in der Zeit der Großen Koalition, als auch unter der neuen
523 Bundesregierung wird
524 mittelfristig das Ziel ausgeglichener Haushalte angestrebt. Eine solche
525 ökonomisch sinnfreie
526 heilige Kuh darf nicht das zentrale Leitmotiv bundesdeutscher Fiskalpolitik
527 sein.

528 4. Die Schuldenregeln der EU

529 Aus dem gleichen Grund, aus dem wir für eine Abschaffung der Schuldenbremse auf
530 Bundesebene plädieren, fordern wir die Abschaffung der Schuldenregelungen auf
531 EU-Ebene.

532 Das betrifft das in Art. 140 Abs. 1 AEUV normierte zweite sogenannte
533 Konvergenzkriterium,
534 das nach Konkretisierung durch den Rat der Europäischen Union Haushaltsdefizite
535 der
536 Mitgliedstaaten auf maximal 3% des BIP und die Schuldenstandsquote auf maximal
537 60%
538 begrenzt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der das Ziel von ausgeglichenen
539 Haushalten
540 oder sogar Überschusshaushalten für die EU-Staaten vorschreibt, muss aufgrund
541 seiner
542 ökonomischen Unsinnigkeit ebenfalls abgeschafft werden. Gleiches gilt für die
543 Nichtbeistandsklausel, die verbietet, dass ein Mitgliedstaat für die Schulden
544 eines anderen
545 Mitgliedstaats aufkommt.

546 Die gegenwärtig zurückhaltende Fiskalpolitik unter den Bedingungen der
547 Maastricht Kriterien
548 hemmt das europäische Wirtschaftswachstum für Jahrzehnte. Eine Reform der
549 Europäischen
550 Finanzarchitektur soll diesen Missstand beseitigen. Die von uns vorgeschlagene
551 Reform
552 beinhaltet neben der bereits genannten Abschaffung der europäischen
553 Schuldenregeln die
554 Einführung eines Europäischen Finanzministeriums. Ein Europäisches
555 Finanzministerium
556 könnte die notwendigen Mittel für Projekte bereitstellen, die nur im
557 europäischen Rahmen
558 sinnvoll implementiert werden können (das Prinzip der Subsidiarität bleibt
559 geachtet). Der in

560 Teil 7 skizzierte Green New Deal stellt eines dieser Projekte dar. Maßnahmen zum
561 Schutz und
562 zur Unterstützung Geflüchteter sowie solche zur Stärkung der
563 sicherheitspolitischen
564 Autonomie der EU fallen aber ebenfalls in diese Kategorie. Das Europäische
565 Finanzministerium
566 würde Europäische Anleihen emittieren, die dann von privaten Investor:innen auf
567 dem
568 Primärmarkt erworben werden könnten, wobei eine Ankaufgarantie der EZB auf dem
569 Sekundärmarkt das Risiko für Investor:innen auf Null reduziert. Die europäische
570 Integration,
571 hin zu einer ‚ever closer union‘, wird auf diese Weise weiter vorgebracht.

572 5. Höhere Löhne für die Stabilität der EU

573 Jede offene Volkswirtschaft besteht aus drei Sektoren: dem öffentlichen Sektor,
574 dem
575 Privatsektor und dem Ausland. Klar ist, wenn ein Sektor netto spart, muss sich
576 mindestens
577 ein anderer Sektor netto verschulden um diese Ersparnis zu ermöglichen. Es ist
578 logisch
579 unmöglich, dass alle drei Sektoren gleichzeitig sparen. Wenn alle Sektoren
580 sparen, gehen die
581 Ausgaben aller Sektoren zurück. Da aber die Ausgaben eines Akteurs immer
582 gleichzeitig die
583 Einnahmen eines anderen Akteurs sind, gehen damit logischerweise auch die
584 Einnahmen
585 zurück. Wenn also alle drei Sektoren sparen wollen, berauben sie sich selbst der
586 notwendigen finanziellen Ressourcen um zu sparen. Das ist das klassisch
587 keynesiansiche
588 Sparparadox.

589 Seit den Agenda-Jahren sind in Deutschland sowohl privater als auch öffentlicher
590 Sektor
591 regelmäßig gleichzeitig Netto-Sparer. Logischerweise kommt das Geld für das
592 private Sparen
593 unter Erzielung von öffentlichen Haushaltsüberschüssen aus dem Ausland. Konkret
594 sorgen die
595 deutschen Handelsbilanzüberschüsse für diesen Geldzufluss. Diese
596 Handelsbilanzüberschüsse
597 wiederum sind maßgeblich dadurch bedingt, dass in Deutschland seit Beginn des
598 Jahrhunderts
599 die Löhne nicht mehr im Einklang mit dem Produktivitätswachstum steigen. Durch
600 diese
601 Niedriglohnpolitik genießt die deutsche Wirtschaft Wettbewerbsvorteile, die aber
602 zulasten der

603 Konkurrenzfähigkeit anderer europäischer Volkswirtschaften gehen. Dadurch
604 zwingen wir
605 unsere europäischen Partner (insbesondere die südeuropäischen Staaten) unsere
606 Handelsbilanzüberschüsse durch eigene Handelsbilanzdefizite auszugleichen. Es
607 ist logisch
608 notwendig, dass sich unsere europäischen Partner dafür verschulden. Die
609 fehlgeleitete
610 Fiskalpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Deutschland
611 seine
612 Arbeitslosigkeit an seine schwächeren europäischen Nachbarn exportiert und mit
613 seinen
614 Handelsbilanzüberschüssen südeuropäische Staaten in die Verschuldung gedrängt
615 hat.
616 Weil uns an einer solidarischen und stabilen Europäischen Union gelegen ist,
617 muss diese Politik
618 umgekehrt werden! Wir brauchen ein signifikantes Lohnwachstum in Deutschland um
619 unseren
620 europäischen Partnern wieder faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Wir
621 fordern
622 daher eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische
623 Stärkung der
624 Gewerkschaften. In Anbetracht der pandemie- und kriegsbedingten temporären
625 Knappheiten
626 in der Realwirtschaft sollen diese Maßnahmen behutsam und schrittweise umgesetzt
627 werden.
628 Außerdem fordern wir eine Abkehr von der harten deutschen Linie in der EU, die
629 südeuropäischen Staaten zur Lösung eines von Deutschland maßgeblich
630 mitgeschaffenes
631 Problems eine sozial und ökonomisch verheerende Austeritätskur aufoktroziert.

632 6. Die Job-Garantie

633 Strukturelle Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftliche Folgeprobleme, gehörten
634 der
635 Vergangenheit an. Soziale Isolation, Kriminalität, Landflucht, gesundheitliche
636 und familiäre
637 Probleme sowie frühzeitige Schulabgänge können nach Verlust einer (eigenen)
638 geregelten
639 Arbeit zu erheblichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen
640 führen.
641 Gemeinschaftsbildung, soziales Netzwerken, praxisorientiertes Lernen sowie die
642 Sicherung
643 von intergenerationeller Stabilität, u.a. können ohne geregelte Beschäftigung,
644 nur schwer ihre
645 integrativen Kräfte entfalten.
646 Die Implementierung einer Job-Garantie (JG) soll strukturelle Arbeitslosigkeit

647 und ihre
648 Folgeprobleme beseitigen. Sie kann zudem helfen die Ziele einer
649 volkswirtschaftlichen
650 Effizienzsteigerung, einer Reduktion sozialer Reibungspunkte und dem Kampf gegen
651 vermachtete Ungerechtigkeiten, besser zu erreichen.
652 Das Ziel des Programms ist es, jeder arbeitswilligen Person eine gemeinnützige
653 Arbeit
654 anzubieten. Der Staat als ‚Arbeitgeber der letzten Instanz‘ könnte so einen
655 sozial akzeptablen
656 Mindestlohn und entsprechende Arbeitsbedingungen, auch in der Privatwirtschaft,
657 durchsetzen. Löhne und Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft werden
658 natürlicherweise
659 mindestens auf dem gleichen, wenn nicht sogar auf einem höheren Niveau sein als
660 in der Job-
661 Garantie. Wäre das nicht der Fall, hätten Arbeitnehmer:innen keinen Anreiz
662 überhaupt von
663 einem JG-Job in die Privatwirtschaft zu wechseln. Private Arbeitgeber sind so
664 gezwungen
665 attraktivere Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen zu bieten um überhaupt an
666 Arbeitskräfte zu gelangen. Der Niedriglohnsektor wird effektiv ausgetrocknet.
667 Die Job-
668 Garantie wirkt wie ein natürlicher Mindestlohn. Die JG-Jobs werden im Rahmen
669 regionaler
670 oder kommunaler Ebene vorgeschlagene Projekte angeboten, welche nach Prüfung des
671 gesellschaftlichen Nutzens und ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten von zentraler
672 Stelle
673 finanziert werden. Im Rahmen der Jobgarantie könnte die demokratische
674 Partizipation der
675 Bürger:innen gestärkt werden, indem z.B. Jugendparlamente oder andere
676 überparteiliche
677 Interessensvertretungen in die Schaffung von JG-Jobs miteinbezogen werden.
678 Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten im Falle einer Rezession nicht nur die
679 Nachfrage
680 und damit die Konjunktur stabilisieren; positiver Nebeneffekt der JG könnte
681 weiterhin eine
682 höhere Konkurrenz der Unternehmen um Geringverdiener:innen sein. Asymmetrische
683 Machtkonstellationen auf dem Arbeitsmarkt würden so effektiv bekämpft und
684 Arbeitsbedingungen verbessert werden. Damit hätten die Arbeitgeber:innen einen
685 Anreiz,
686 Arbeitskräfte effizienter einzusetzen. Gleichzeitig entsteht ein Depot an
687 qualifizierten und
688 routinierten Arbeitskräften, das je nach Bedarf der Privatwirtschaft größer oder
689 kleiner ist.
690 Weiterhin sollte der Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage automatisch für
691 erhöhte Löhne sorgen, falls der Bedarf an Arbeitskräften in der Privatwirtschaft
692 steigt. Ein
693 Depot aus arbeitenden Personen, die der Privatwirtschaft potentiell zur

694 Verfügung stehen
695 (NAIBER), kann flexibler abgerufen werden, wobei Vollbeschäftigung staatlich
696 garantiert wird.
697 Preisstabilität kann so im Vergleich zu neoklassischen Konzepten oder zum
698 bedingungslosen
699 Grundeinkommen auf effizientere Weise sichergestellt werden. Sollte die
700 Inflation in einem
701 Wirtschaftssektor über das von der Regierung angestrebte Ziel hinausgehen wird
702 eine
703 restriktivere Fiskalpolitik angestrebt, welche Ressourcen aus dem inflationären
704 Sektor
705 abfließen lassen sollte. Die JG kann dabei als antizyklischer Stabilisator auf
706 die Konjunktur
707 wirken. Bei starker Konjunktur verringert sich, durch den erhöhten Bedarf an
708 Arbeitskräften
709 die Zahl der staatlich bezahlten Jobs. Hierdurch sinken gleichzeitig die
710 Staatsausgaben und das
711 Überhitzen der Konjunktur wird verhindert. Bei schwacher Konjunktur bietet die
712 JG mehr
713 Stellen an und verhindert so einen Konsumeinbruch. Die JG kompensiert im
714 Gegensatz zur
715 Arbeitslosenunterstützung oder einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht nur
716 den
717 Einkommensverlust, sondern auch den Beschäftigungsverlust.

718 7. Ein ernstgemeinter Europäischer Green New Deal (GND)

719 Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und gleichzeitig den
720 gesellschaftlichen Wohlstand kommender Generationen zu sichern, benötigen wir
721 gewaltige
722 wirtschaftliche Umwälzungen. Weitreichende Reformen, zur Beseitigung dieser
723 Probleme
724 benötigen allerdings eine breite, gesellschaftliche Mehrheit und müssen deshalb
725 eine
726 Mehrheit der Bevölkerung besserstellen um demokratisch durchsetzbar zu sein. Ein
727 von der
728 MMT inspirierter Green New Deal ist unausweichlich.
729 Der Green New Deal ist ein umfangreiches Investitionsprogramm, das die
730 ökologische
731 Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft immens beschleunigt. Auch eine an
732 dem Ziel
733 der Klimaneutralität ausgerichtete Jobgarantie kann ein Element des Green New
734 Deals sein.
735 Ein überzeugender Vorschlag zu der Ausgestaltung eines Green New Deal wurde vom
736 Democracy in Europe Movement (DiEM25) vorgelegt (<https://gnde.diem25.org>).

737 Wie in Teil 2 der Begründung erklärt belaufen sich die volkswirtschaftlichen
738 Kosten für den
739 Green New Deal (GND) lediglich auf die Differenz zwischen den benötigten realen
740 Ressourcen und den Verfügbaren Ressourcen. Ein Ressourcenbedarf, der über die
741 gegenwärtig noch verfügbaren Ressourcen hinausgeht, um die Ziele des GND zu
742 erreichen,
743 kann temporäre Konsumeinschränkungen notwendig machen. Diese können durch
744 diverse
745 fiskalische Instrumente durchgesetzt werden. So können zum Beispiel erhöhte
746 Konsumsteuern die Nachfrage drosseln. Alternativ kann auch der obligatorische
747 Transfer
748 eines gewissen Teils der Arbeitseinkommen auf temporär gesperrte aber verzinste
749 Sparkonten zu einem Konsumaufschub führen, der Einkommensbezieher:innen aber
750 langfristig sogar besserstellt. Der finanzielle Spielraum welcher durch das
751 zusätzliche Budget
752 freigesetzt wurde muss eingesetzt werden, um Europas Klimaneutralität bis 2035
753 sicherzustellen.

754 8. Eine teilweise Monetarisierung der Care-Arbeit

755 Gerade der Wirtschaftssektor der Sozialfürsorge wird in klassischen
756 Wirtschaftsmodellen
757 häufig vernachlässigt. Die Unterteilung in eine Produktions- und eine private
758 Sphäre erscheint
759 willkürlich. Essenzielle Bereiche wirtschaftlicher Aktivität werden demnach
760 ignoriert,
761 übersehen oder unterbewertet. Care-Arbeit muss deshalb vom Staat entsprechend
762 vergütet
763 werden.

764 Care-Arbeit lässt sich schwer auf klassische, wirtschaftliche Modelle
765 übertragen. Ein Fokus auf
766 Wachstum und Effizienzsteigerung kann in der Care Arbeit nicht zu einer
767 Qualitätssteigerung
768 führen. Die Job-Garantie könnte nicht nur für bessere Bedingungen für alle
769 Beteiligten in der
770 Sozialfürsorge führen. Auch erlauben die Erkenntnisse der MMT eine
771 konjunkturunabhängige
772 staatliche Vergütung von Care-Arbeit über den Rahmen der Job-Garantie hinaus.
773 Auch könnte
774 bisher unbezahlte Care-Arbeit durch die Anerkennung als JG-Job entsprechend
775 vergütet
776 werden. Eine Leistung von der - vor allem - aber nicht ausschließlich Finta-
777 Personen
778 profitieren. Die bezahlte Care-Arbeit würde demnach als Ergänzung bei
779 struktureller,

780 marktwirtschaftlicher Unterversorgung dienen.

781 9. Schlussbemerkungen

782 In Thüringen bemerken wir jetzt schon, welche verheerenden Folgen fehlgeleitete
783 Sparpolitik
784 für Zivilgesellschaft, den Gesundheitssektor, Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen
785 und
786 Hilfsbedürftige hat. Entscheidungsträger:innen dürfen sich nicht mehr hinter dem
787 Scheinargument der Budgetrestriktionen verstecken. Die erheblich größeren
788 Budgetfreiräume
789 ermöglichen es uns, progressive Projekte deutlich schneller voranzutreiben.
790 Die MMT verspricht einige systemische Fehler des Kapitalismus abzumildern, kann
791 allerdings
792 nicht grundsätzliche Widersprüche auflösen. Ziel muss es deshalb sein, mithilfe
793 der MMT
794 den Kapitalismus zu überwinden. Auch für nicht arbeitswillige Personen muss eine
795 menschenwürdige Versorgung gewährleistet werden. Ein progressiveres Steuersystem
796 bleibt
797 weiterhin unausweichlich, auch wenn dieses nicht zur Staatsfinanzierung
798 beiträgt, sondern
799 für Infaltionsregulierung und zur Abmilderung sozialer Verwerfungen sorgt. Wir
800 sehen die
801 MMT als eine Hilfestellung für die allmähliche Einführung des Sozialismus an.

Begründung

1. Einleitendes

Die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhundert sind ein Jahrzehnt, in dem schicksalhafte Entscheidungen über die Zukunft der Bürger:innen in Deutschland, aber darüber hinaus in ganz Europa und der ganzen Welt getroffen werden. Es hängt von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob die Klimakrise auf ein Ausmaß zu begrenzen ist, welches das Leben auf unserem Planeten in der Form wie wir es kennen weiterhin möglich macht. Es hängt ebenfalls von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob sich die Europäische Staatengemeinschaft effektiv gegen militärische und terroristische Bedrohungen schützen kann und ob sie weiterhin ein beachteter und einflussreicher Akteur ist. Angesichts dieser epochalen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren zu treffen sind, lastet die Verantwortung, die auf den politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch auf jeder:m Bürger:in gewaltig. Als Jusos verstehen wir es als integralen Teil dieser Verantwortung, bei den genannten Weichenstellungen alle Angehörigen unserer Gesellschaft mitzudenken und Kosten und Nutzen sozial gerecht zu verteilen.

Wir sind uns einig – die ökologische Transformation unserer Zivilisation muss so schnell wie

möglich erfolgen. Ebenso dürfen wir bei der Gewährleistung unserer Sicherheit keinen Tag nachlässig sein. Humanitäre Notlagen, wie die Lebensumstände von Menschen die bei uns Schutz vor Elend, Tod und Verfolgung suchen, dürfen wir keinen Augenblick hinnehmen. Dass die Klimakrise, die Sicherheitskrise und die vielen humanitären Krisen kausal miteinander zusammenhängen, zeigt zudem, dass auch eine sinnvolle Lösung dieser Krisen nur zusammenhängend gedacht werden kann. Es ist also deutlich: die Herausforderungen im Hinblick auf Klima, Sicherheit und die humanitäre Lage müssen gleichzeitig und so schnell wie möglich angepackt werden.

Aber was heißt eigentlich ‚so schnell wie möglich‘? Neben dem Vorhandensein von technischen Lösungen, guten politischen Ideen und weitsichtigen Strategien ist bei dieser Frage vor allem auch das Budget von entscheidender Bedeutung. Der Umfang und die Zuteilung von Haushaltsmitteln haben erheblichen Einfluss darauf, wie schnell und wie effektiv Lösungsideen für die aufgeworfenen Probleme umgesetzt werden können. Es ist also bei den vor uns liegenden Weichenstellungen von entscheidender Bedeutung, die finanziellen Möglichkeiten unseres Staates richtig einzuschätzen und politische Entscheidungen auf der Grundlage einer fundierten Kenntnis fiskalischer Vorgänge aufzubauen. Dieser Antrag soll dazu dienen den Diskurs über die Finanzpolitik mit Hilfe der Modern Monetary Theory (MMT) auf eine fundierte theoretische Grundlage zu stellen und Perspektiven zu entwickeln, wie progressive Lösungen der gegenwärtigen Krisen auf dem Fundament einer vernünftigen Fiskalpolitik aussehen könnten. Die MMT ist eine im akademischen Diskurs breit diskutierte Geld- und Wirtschaftstheorie, die in Anlehnung an den Keynesianismus makroökonomische Zusammenhänge auf der Grundlage der Funktionsweise unseres modernen Finanzsystems erklärt. Im Folgenden wollen wir die zentralen deskriptiven Erkenntnisse der MMT skizzieren und anschließend auf dieser theoretischen Grundlage unsere wirtschaftspolitischen Forderungen darlegen.

2. Erkenntnisse der MMT

2.1 Was ist Geld

Modernes Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Der Staat definiert die Währung, in der Zahlungen an ihn zu tätigen sind und in der er selbst Zahlungen tätigt. In den meisten Staaten der Europäischen Union heißt diese Währung Euro. Der Staat hat zudem ein Monopol auf die Schöpfung seiner Währung. In der Eurozone – einer Währungsunion – ist der Prozess der Währungsschöpfung institutionell etwas komplexer als in einem Staat mit eigener Landeswährung. Dennoch ändert auch die gemeinsame Währung der Eurozone nichts an der Tatsache, dass unser Geld ein Produkt der staatlichen (europäischen) Rechtsordnung ist. Während Bürger:innen und Unternehmen die staatliche Währung einfach nur für ihre ökonomische Aktivität nutzen, ist der Staat selbst nicht einfacher Nutzer sondern Schöpfer dieser Währung. Gesetzt den Fall ein Staat bindet seine Währung nicht zu einem fixen Kurs an andere Vermögenswerte (z.B. Fremdwährungen oder Gold), ist er in seiner Geldpolitik vollkommen unabhängig. Er kann die Leitzinsen beliebig festsetzen und in beliebigem Umfang Währung in Umlauf bringen.

Der Staat kann sich in Währungsfragen aber auch Regeln und Einschränkungen auferlegen. Er kann zum Beispiel seine Währung zu einem festen Austauschverhältnis an andere Vermögenswerte binden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren deutsche Währungen etwa zu einem festen Wechselkurs an Gold gebunden (Goldstandard). Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Bundesrepublik Teil des Bretton-Woods-Systems, in dem die Deutsche Mark zu einem festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden war. Auch das Europäische Währungssystem (EWS) war ein solches Regime fixierter Wechselkurse. Derartige Währungsanbindungen schränken den Spielraum eines Staats, die eigene Währung in Umlauf zu bringen und Einfluss auf Kredit- und Anleihezinsen zu nehmen ein. Wenn bei fixierten Wechselkursen die im Umlauf befindliche Menge einer Währung ausgeweitet wird, sinkt deren Wert relativ zu der anderen Währung des Wechselkursregimes. Da aber das Austauschverhältnis fixiert ist, ist die Währung überbewertet. Das führt zu Kapitalflucht und Wettbewerbsnachteilen im Land mit der überbewerteten Währung.

Der Euro ist an keine andere bedeutende Währung gebunden. Sein Wechselkurs zu anderen Währungen ist frei. Deswegen sind die geldpolitischen Institutionen der Eurozone (das System nationaler Zentralbanken (ESZB) und anderen Spitze die Europäische Zentralbank (EZB)) in ihrer Geldpolitik unabhängig. Man spricht in diesem Fall von monetärer Souveränität.

2.2 Wie funktionieren Staatsausgaben

Wenn ein Staat mit souveräner Währung Ausgaben tätigt, schöpft er das benötigte Geld kraft seines Währungsmonopols über seine Zentralbank. Alle Staaten der Eurozone haben ein Konto bei ihrer nationalen Zentralbank und damit indirekt bei der EZB. In Deutschland ist dies das Zentralkonto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Genauso haben Geschäftsbanken Konten bei ihrer nationalen Zentralbank.

Wenn der deutsche Staat Ausgaben tätigt, passiert Folgendes: Die Bundesbank bucht das Zentralbankkonto derjenigen Geschäftsbank hoch, bei der der/die Zahlungsempfänger:in der staatlichen Ausgabe sein/ihr Konto hat. Dafür schreibt die Geschäftsbank den von der Bundesbank erhaltenen Betrag auf dem Konto des/der Zahlungsempfänger:in gut. In dem Moment, in dem die Bundesbank das Zentralbankkonto der Geschäftsbank hochbucht, erzeugt sie Geld. Dieses Geld war zuvor nicht da und wird durch die Gutschrift bei der Geschäftsbank durch die Bundesbank geschöpft. In der Bilanz der Bundesbank ist dadurch eine zusätzliche Verbindlichkeit entstanden. Damit die Bilanz der Bundesbank ausgeglichen ist, wird das Zentralkonto des Bundes um den entsprechenden Betrag belastet. Der Bund hat also sozusagen jetzt ‚Schulden‘ bei der Bundesbank. Das ist so formal auch logisch, denn schließlich hat die Bundesbank durch ihre Gelderzeugung ja die Ausgabe des Bundes getätigt. Aber was ist die Bedeutung dieser ‚Schulden‘?

Der Bund und die Bundesbank sind beide Institutionen des Deutschen Staates. Zu behaupten, eine staatliche Institution habe Schulden bei der anderen staatlichen Institution ist nicht sinnvoll. An dem Verschuldungsgrad des Staats als Ganzem ändert das schließlich nichts. Wenn der Bund 100€ ‚Schulden‘ bei der Bundesbank hat, hat die Bundesbank 100€ ‚Forderungen‘ beim Bund. Damit ist die Nettoverschuldung des Staats trotzdem Null. Natürlich hat die Bundesbank im Beispiel der

Staatsausgaben Geld an eine Geschäftsbank bezahlt. Insofern hat der Staatssektor als Ganzes trotzdem eine Netto-Verbindlichkeit gegenüber dem Privatsektor.

Bei den beschriebenen Bilanzausgleichungen wird diese Verbindlichkeit als negatives Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes abgebildet. Aber von Schulden zu sprechen wäre dennoch in der Sache falsch, denn das Geld ist ja durch das Hochbuchen des Zentralbankkontos der Geschäftsbank durch die Bundesbank entstanden. Die Bundesbank hat sich dieses Geld nirgends ausgeliehen. Sie hat es – kraft ihres Währungsmonopols – einfach geschaffen. Das negative Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes ist nichts weiter als der ‚Bilanzschatten‘ dieser Gelderzeugung durch die Zentralbank.

Steuereinnahmen haben hier zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt. Wie anhand der beschriebenen Prozesse deutlich wird, könnte der Bund theoretisch bis in alle Ewigkeit in seiner eigenen Währung Ausgaben tätigen, ohne irgendeiner Instanz oder einem Menschen dafür etwas schuldig zu sein. Das ist so aus dem einfachen Grund, weil der Staat Währungsschöpfer ist. Kein:e Bürger:in muss jemals irgendetwas bezahlen, was der Staat zuvor ausgegeben hat. Der/die Steuerzahler:in bezahlt keine Staatsausgaben und folglich werden mit Staatsausgaben auch unter keinen Umständen künftige Generationen belastet. Bei der Steuerzahlung fließt Geld von den Konten von Bürger:innen und Unternehmen über das Kontensystem der Zentralbank auf das Zentralkonto des Bundes. Hier verringern die Steuerzahlungen also das negative Nettovermögen des Bundes. Die finanzielle Situation des Staates ändert das allerdings in keiner Weise. Selbst wenn sich der Staat nach jahrelangen Haushaltsüberschüssen im herkömmlichen Sinne ‚entschulden‘ und ‚Rücklagen‘ bilden würde, wäre das finanziell völlig bedeutungslos. Selbst ein positives Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes heißt im Endeffekt nur: Der Bund hat ein Guthaben bei der Bundesbank, bzw. die Bundesbank hat eine Verbindlichkeit gegenüber dem Bund. Das ist bedeutungslos, denn das Nettoguthaben oder die Nettoverschuldung des Staats als Ganzem ist immer noch Null. Das positive Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes verändert die Möglichkeit Ausgaben zu tätigen in keiner Weise. Steuern finanzieren keine Staatsausgaben.

Der Staat muss sich also die finanziellen Ressourcen für seine Ausgaben weder von Steuerzahler:innen beschaffen, noch mittels Krediten vom Privatsektor ausleihen, denn in der institutionellen Gestalt der Zentralbank ist der Staat selbst unerschöpfliche Quelle von Geld. Der Staat kann ganz ohne Steuereinnahmen und Kreditaufnahme in seiner eigenen Währung unbegrenzt Geld ausgeben und wird trotzdem niemals in dieser Währung ‚Pleite gehen‘. Denn in seiner Ausgabebetätigkeit ist es dem Staat unmöglich sich im herkömmlichen Sinne zu verschulden, da er die ausgegebenen Mittel stets selbst erzeugt. Steuern und staatliche Kredite (staatliche Kreditaufnahme funktioniert über die Emission von Staatsanleihen) sind für die Staatsfinanzierung nicht notwendig. Ebenso bedeuten Haushaltsüberschüsse auch keine erweiterten finanziellen Spielräume für den Staat, denn er kann für seine Ausgabewünsche unbegrenzt Geld schöpfen – ganz gleich ob er in einer bestimmten Zeitperiode (z.B. einem Jahr) dem Wirtschaftskreislauf über Steuern weniger, gleich viel, oder mehr Geld entzieht wie er in dieser Periode ausgegeben hat.

Wir halten fest: Steuern (und Staatsanleihen) finanzieren keine Staatsausgaben und Haushaltsdefizite sind folglich auch keine Belastung für künftige Generationen. Wozu braucht

es dann überhaupt Steuern und weshalb emittiert der Staat dann Staatsanleihen?

2.3. Wozu Steuern

Obwohl Steuern für die Staatsfinanzierung im monetären Sinne bedeutungslos sind, haben sie eine große Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst dienen sie dazu, dass die staatliche Währung in Wirtschaft und Bevölkerung akzeptiert wird. Indem der Staat Steuerforderungen in der von ihm definierten Währung erhebt, schafft er eine Nachfrage für diese Währung. Schließlich benötigen alle Bürger:innen und Unternehmen die Währung um ihre Steuerschuld zu tilgen. Darüber hinaus sind Steuern das zentrale Instrument der Umverteilung von Vermögen und indem sie Bürger:innen und Unternehmen Kaufkraft entziehen, schaffen sie Platz für die staatliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Zuletzt können Konsumsteuern als Lenkungsinstrumente eingesetzt werden, wie das etwa von der Tabaksteuer bekannt ist. Steuern sind also unverzichtbar – allerdings dienen sie nicht dazu irgendetwas zu finanzieren. Insofern ist auch die Formel „Starke Schultern müssen mehr tragen“ in der Sache ökonomisch falsch. Wir brauchen das Geld der Reichen nicht um Armut zu bekämpfen, den Klimawandel aufzuhalten und humanitäre Katastrophen abzuwenden. Wir können es ihnen trotzdem wegzunehmen, damit sie mit ihrem Konsum nicht so viele Treibhausemissionen verursachen, gesellschaftliche Machtasymmetrien aufbauen und keine Ressourcen in Anspruch nehmen, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden könnten. Das ist aber eine politische Frage und keine ökonomische. Umverteilung ist selbstverständlich weiterhin notwendig. Die Sicherstellung formal gleicher Chancen reicht nicht aus, um gesellschaftliche Asymmetrien gerecht auszugleichen.

Jedenfalls müssen wir unsere linken Narrative von der Vorstellung befreien, der Staat sei finanziell auf das Geld der Reichen angewiesen. Das zeugt von einer Unkenntnis der Funktionsweise modernen Geldes und verspielt Vertrauen in unsere ökonomische Kompetenz.

2.4. Wozu Staatsanleihen

Und was ist mit den Staatsanleihen? Staatsanleihen sind verzinste staatliche Wertpapiere, die von Akteur:innen des Privatsektors erworben werden können. Sie können unterschiedliche Laufzeiten haben und werden nach Ablauf der Laufzeit vom Staat wieder ausgelöst. Beim Kauf einer Staatsanleihe geschieht bilanziell genau das gleiche wie bei der Steuerzahlung. Einlagen auf dem Konto des/der Käufer:in werden gestrichen und auf dem Zentralkonto des Bundes gutgeschrieben. Sowohl durch Steuereinnahmen als auch durch die Emission von Staatsanleihen kann der Bund den Saldo auf dem Zentralkonto des Bundes erhöhen. Wie inzwischen deutlich geworden sein dürfte, ist das für die Tötung von Staatsausgaben ökonomisch gesehen völlig unerheblich. Der deutsche Staat hat sich allerdings rechtliche Auflagen gegeben, welche die Ausgabentätigkeit künstlich einschränken. Genauer handelt es sich hierbei um die §§ 19 & 20 des Bundesbankgesetzes. Hier ist normiert, dass das Zentralkonto des Bundes nur innerhalb eines Tages überzogen werden darf, aber nach Ablauf eines Tages stets wieder ausgeglichen werden muss. Aus rechtlichen – nicht aus ökonomischen – Gründen darf das Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes also tatsächlich nicht negativ sein. Aus diesem Grund muss der Bund also tatsächlich bei einer Ausgabe entweder durch Steuereinnahmen oder die Emission von Staatsanleihen sein Konto ausgleichen. Es

handelt sich hierbei um eine rechtliche Selbstbindung, nicht um eine ökonomische Notwendigkeit. Auch das muss Basiswissen in der politischen Debatte sein. Wir fordern keine Abschaffung dieser Regeln. Staatsanleihen sind durchaus sinnvoll, denn erstens sind Staatsanleihen für den Privatsektor i.d.R. ein risikofreies Sparinstrument und zweitens entzieht die Begabe von Staatsanleihen dem Privatsektor Kaufkraft, was bei einer umfangreichen staatlichen Ausgabentätigung zur Stabilisierung des Preisniveaus wichtig ist (siehe nächster Abschnitt). Allein, Staatsanleihen sind genauso wenig wie Steuern für die Tötigung von Staatsausgaben notwendig.

2.5 Inflation und realwirtschaftliche Grenzen der Staatsausgaben

Die Frage, wie hoch staatliche Ausgaben idealerweise tatsächlich sein sollten ist aber durch die schiere theoretische Möglichkeit unbegrenzter Staatsausgaben noch nicht beantwortet. Wenn Preisstabilität gewährleistet werden soll, können die Staatsausgaben in der Tat nicht unendlich hoch sein. Schließlich kann vom Staat nur gekauft werden, was in der staatlichen Währung zum Verkauf steht. Da aufgrund knapper Ressourcen das Angebot an Gütern, Dienstleistungen und Arbeit begrenzt ist, kann eine zu hohe staatliche Nachfrage zu steigenden Preisen führen. Allerdings ist das erst der Fall, wenn das Angebot der nachgefragten Gegenstände selbst nicht mehr steigen kann. Hier liegt also die natürliche Grenze der staatlichen Ausgabentätigkeit – vorausgesetzt ein konstantes Preisniveau wird angestrebt (wofür wir selbstverständlich eintreten). Wenn es zu politischen Zwecken (wie dem Kampf gegen die Klimakrise) notwendig ist, staatlicherseits mehr Ressourcen zu beanspruchen als nach Abzug der privaten Nachfrage verfügbar sind, muss dem Privatsektor Kaufkraft entzogen werden, damit das Preisniveau gehalten werden kann. Dafür sind Steuern und Staatsanleihen probate fiskalische Steuerungsinstrumente.

Inflation ist ein dauerhafter Anstieg des Preisniveaus. Sie kann durch unterschiedlichste Faktoren bedingt sein. Allgemein wird zwischen der (angebotsseitigen) Kostendruckinflation und der nachfrageinduzierten Inflation unterschieden. Bei der Kostendruckinflation führen negative Produktionsschocks (z.B. im Agrarsektor eine klimatisch bedingte Missernte) oder Friktionen in Lieferketten zu einer Verknappung des Angebots. Bei gleichbleibender Nachfrage steigt dann der Preis. Bei verbreitet eingesetzten Rohstoffen wie Öl, Gas oder auch Weizen erhöhen gestiegene Preise unmittelbar die Produktionskosten für zahlreiche weitere Produkte. Es kommt also zu einer angebotsseitigen Kettenreaktion der Preissteigerungen, die sich zu einem steigenden allgemeinen Preisniveau aufaddieren. Nachfrageinduzierte Inflation kommt grob gesagt zustande, wenn die Kaufkraft der Konsument:innen schneller steigt als das Angebot der Unternehmen. Solche Kaufkraftsteigerungen können etwa die Folge von Lohnerhöhungen sein. Allerdings wäre es falsch davon auszugehen, dass Lohnsteigerungen automatisch zu steigenden Preisen führen. Erstens können Unternehmen in einer Konkurrenzsituation nicht willkürlich ihre Preise anheben, weil sie sonst um ihren Marktanteil bangen müssten. (Insofern wirken Lohnsteigerungen als Umverteilungsmechanismus von Kapital zu Arbeit). Zweitens kann eine gestiegene Nachfrage (sofern noch Produktionsfaktoren verfügbar sind) zu einer Ausweitung der Produktion und ggf. in diesem Zuge durch den Markteintritt neuer Anbieter sogar zu Preissenkungen führen.

Im schlechtesten Fall wirken beide Kausalfaktoren der Inflation zusammen. Das ist das Szenario einer Lohn-Preis-Spirale: Gestiegene Preise führen zu höheren Lohnforderungen der Arbeitnehmer:innen, und die in der Folge steigenden Löhne führen wieder zu noch weiter

steigenden Preisen, da sie ja ihrerseits eine Komponente der Produktionskosten sind. Von Ausweitungen und Verknappungen der Geldmenge ist die Inflation aber nur bedingt abhängig. Die monetaristische Idee, dass Inflation immer und überall schlichtweg das Ergebnis zu expansiver Geldpolitik sei, hat sich nicht bewährt. Sie ist schon allein deshalb falsch, weil eine Erhöhung der (Zentralbank-)Geldmenge (z.B. durch den Ankauf von Staatsanleihen durch die Zentralbank) kaum in die Realwirtschaft vordringt. Geschäftsbanken sind heute in ihrer Kreditvergabe weitgehend unabhängig von der Menge an Zentralbankgeld, die ihnen durch den Abkauf von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt wird. Die Kreditvergabe ist im Wirtschaftssystem endogen. Die Zentralbank hat allenfalls über den Leitzins Auswirkungen darauf.

Die gegenwärtig hohen Preissteigerungen sind vor allem auf die nach wie vor pandemiebedingte Beeinträchtigung von Lieferketten und realwirtschaftliche Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zurückzuführen. Sie haben mit der Geldpolitik der EZB wenig und mit deren Anleihenkäufen praktisch gar nichts zu tun. Die Geldpolitik kann die Inflation um den Preis einer Rezession durch scharfe Leitzinserhöhungen bremsen, allerdings sind dadurch die Inflationsursachen selbst noch lange nicht nachhaltig beseitigt. Inflation ist ein weitgehend realwirtschaftliches Phänomen und als solches sollte sie auch behandelt werden.

Für die Ausgabentätigkeit des Staats bedeutet diese Erkenntnis, dass eine expansive Fiskalpolitik ein Inflationsrisiko sein kann, aber nicht sein muss. Steigert der Staat in Zeiten negativer Angebotsschocks oder im Zustand der Ausreizung der volkswirtschaftlichen Ressourcen seine Ausgaben kommt es zur Übernachfrage und damit zur Gefahr von (nachfrageinduzierter) Inflation. Sind allerdings noch Ressourcen verfügbar, führen steigende Staatsausgaben nicht zur Inflation. Hier zeigt sich wieder: Es gibt eine (sinnvolle) Grenze der Staatsausgaben, aber die rührt von realwirtschaftlichen Ressourcenknappheiten und nicht von einer vermeintlichen monetären Knappheit her.

Mit diesen Erkenntnissen über das moderne Finanzsystem im Hinterkopf wollen wir nun einige wirtschaftspolitische und rechtliche Regelungen adressieren, die nicht im Einklang mit der theoretischen Vernunft der vorangegangenen makroökonomischen Analyse stehen.

3. Abschaffung der Schuldenbremse

Gemäß der in Art. 115 Abs. 2 GG verankerten sogenannten ‚Schuldenbremse‘ darf die Bundesregierung grundsätzlich nicht mehr Geld ausgeben, als dem Bundeshaushalt durch Steuereinnahmen zufließt. Genau genommen darf ein strukturelles Haushaltsdefizit in Höhe von 0,35% des BIP hingenommen werden (vgl. Art. 115 Abs. 2 GG). Die sogenannte Konjunkturkomponente in der Schuldenbremse lockert diese harte Budgetrestriktion in Rezessionszeiten auf. Allerdings sieht die Formulierung im Gesetzestext derartige Ausnahmen von der Schuldenbremse nur für den Fall vor, wenn das Wirtschaftswachstum signifikant negativ von seinem Trend abweicht (konventionelle Berechnung der sog. Output-Lücke). Allerdings kann es sein, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen der Bundesrepublik auch bei trendmäßig wachsendem BIP nicht ausgelastet sind. In diesem Fall besteht bei einer Erhöhung der Staatsausgaben kein Inflationsrisiko. Dennoch muss unter der aktuellen Norm auch in diesem Fall die Schuldenbremse eingehalten werden. Das erschwert den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Klimakrise mit dem Instrumentarium der Fiskalpolitik erheblich. Wie aus dem vorangegangenen Theorieteil hervorgeht, macht eine solche vermeintliche

‚Schulden‘-Regel ökonomisch keinen Sinn. Sie baut auf einem grundfalschen Verständnis staatlicher Finanzen auf, denn sie behandelt den öffentlichen Haushalt wie einen Privathaushalt (Währungsnutzer anstatt Währungsschöpfer).

Die neoliberale Sparideologie darf keinen mangelnden Willen für politische Reformen legitimieren. Notwendige Zukunftsinvestitionen dürfen nicht von willkürlichen Kennzahlen verzögert werden.

Sowohl in der Zeit der Großen Koalition, als auch unter der neuen Bundesregierung wird mittelfristig das Ziel ausgeglichener Haushalte angestrebt. Eine solche ökonomisch sinnfreie heilige Kuh darf nicht das zentrale Leitmotiv bundesdeutscher Fiskalpolitik sein.

4. Die Schuldenregeln der EU

Aus dem gleichen Grund, aus dem wir für eine Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundesebene plädieren, fordern wir die Abschaffung der Schuldenregelungen auf EU-Ebene. Das betrifft das in Art. 140 Abs. 1 AEUV normierte zweite sogenannte Konvergenzkriterium, das nach Konkretisierung durch den Rat der Europäischen Union Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten auf maximal 3% des BIP und die Schuldenstandsquote auf maximal 60% begrenzt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der das Ziel von ausgeglichenen Haushalten oder sogar Überschusshaushalten für die EU-Staaten vorschreibt, muss aufgrund seiner ökonomischen Unsinnigkeit ebenfalls abgeschafft werden. Gleiches gilt für die Nichtbeistandsklausel, die verbietet, dass ein Mitgliedstaat für die Schulden eines anderen Mitgliedstaats aufkommt.

Die gegenwärtig zurückhaltende Fiskalpolitik unter den Bedingungen der Maastricht Kriterien hemmt das europäische Wirtschaftswachstum für Jahrzehnte. Eine Reform der Europäischen Finanzarchitektur soll diesen Missstand beseitigen. Die von uns vorgeschlagene Reform beinhaltet neben der bereits genannten Abschaffung der europäischen Schuldenregeln die Einführung eines Europäischen Finanzministeriums. Ein Europäisches Finanzministerium könnte die notwendigen Mittel für Projekte bereitstellen, die nur im europäischen Rahmen sinnvoll implementiert werden können (das Prinzip der Subsidiarität bleibt geachtet). Der in Teil 7 skizzierte Green New Deal stellt eines dieser Projekte dar. Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung Geflüchteter sowie solche zur Stärkung der sicherheitspolitischen Autonomie der EU fallen aber ebenfalls in diese Kategorie. Das Europäische Finanzministerium würde Europäische Anleihen emittieren, die dann von privaten Investor:innen auf dem Primärmarkt erworben werden könnten, wobei eine Ankaufgarantie der EZB auf dem Sekundärmarkt das Risiko für Investor:innen auf Null reduziert. Die europäische Integration, hin zu einer ‚ever closer union‘, wird auf diese Weise weiter vorangebracht.

5. Höhere Löhne für die Stabilität der EU

Jede offene Volkswirtschaft besteht aus drei Sektoren: dem öffentlichen Sektor, dem Privatsektor und dem Ausland. Klar ist, wenn ein Sektor netto spart, muss sich mindestens ein anderer Sektor netto verschulden um diese Ersparnis zu ermöglichen. Es ist logisch unmöglich, dass alle drei Sektoren gleichzeitig sparen. Wenn alle Sektoren sparen, gehen die Ausgaben aller Sektoren zurück. Da aber die Ausgaben eines Akteurs immer gleichzeitig die

Einnahmen eines anderen Akteurs sind, gehen damit logischerweise auch die Einnahmen zurück. Wenn also alle drei Sektoren sparen wollen, berauben sie sich selbst der notwendigen finanziellen Ressourcen um zu sparen. Das ist das klassisch keynesiansische Sparparadox.

Seit den Agenda-Jahren sind in Deutschland sowohl privater als auch öffentlicher Sektor regelmäßig gleichzeitig Netto-Sparer. Logischerweise kommt das Geld für das private Sparen unter Erzielung von öffentlichen Haushaltsüberschüssen aus dem Ausland. Konkret sorgen die deutschen Handelsbilanzüberschüsse für diesen Geldzufluss. Diese Handelsbilanzüberschüsse wiederum sind maßgeblich dadurch bedingt, dass in Deutschland seit Beginn des Jahrhunderts die Löhne nicht mehr im Einklang mit dem Produktivitätswachstum steigen. Durch diese Niedriglohnpolitik genießt die deutsche Wirtschaft Wettbewerbsvorteile, die aber zulasten der Konkurrenzfähigkeit anderer europäischer Volkswirtschaften gehen. Dadurch zwingen wir unsere europäischen Partner (insbesondere die südeuropäischen Staaten) unsere Handelsbilanzüberschüsse durch eigene Handelsbilanzdefizite auszugleichen. Es ist logisch notwendig, dass sich unsere europäischen Partner dafür verschulden. Die fehlgeleitete Fiskalpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Deutschland seine Arbeitslosigkeit an seine schwächeren europäischen Nachbarn exportiert und mit seinen Handelsbilanzüberschüssen südeuropäische Staaten in die Verschuldung gedrängt hat. Weil uns an einer solidarischen und stabilen Europäischen Union gelegen ist, muss diese Politik umgekehrt werden! Wir brauchen ein signifikantes Lohnwachstum in Deutschland um unseren europäischen Partnern wieder faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Wir fordern daher eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische Stärkung der Gewerkschaften. In Anbetracht der pandemie- und kriegsbedingten temporären Knappheiten in der Realwirtschaft sollen diese Maßnahmen behutsam und schrittweise umgesetzt werden. Außerdem fordern wir eine Abkehr von der harten deutschen Linie in der EU, die südeuropäischen Staaten zur Lösung eines von Deutschland maßgeblich mitgeschaffenes Problems eine sozial und ökonomisch verheerende Austeritätskur aufoktroziert.

6. Die Job-Garantie

Strukturelle Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftliche Folgeprobleme, gehörten der Vergangenheit an. Soziale Isolation, Kriminalität, Landflucht, gesundheitliche und familiäre Probleme sowie frühzeitige Schulabgänge können nach Verlust einer (eigenen) geregelten Arbeit zu erheblichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen. Gemeinschaftsbildung, soziales Netzwerken, praxisorientiertes Lernen sowie die Sicherung von intergenerationeller Stabilität, u.a. können ohne geregelte Beschäftigung, nur schwer ihre integrativen Kräfte entfalten.

Die Implementierung einer Job-Garantie (JG) soll strukturelle Arbeitslosigkeit und ihre Folgeprobleme beseitigen. Sie kann zudem helfen die Ziele einer volkswirtschaftlichen Effizienzsteigerung, einer Reduktion sozialer Reibungspunkte und dem Kampf gegen vermachtete Ungerechtigkeiten, besser zu erreichen.

Das Ziel des Programms ist es, jeder arbeitswilligen Person eine gemeinnützige Arbeit anzubieten. Der Staat als ‚Arbeitgeber der letzten Instanz‘ könnte so einen sozial akzeptablen Mindestlohn und entsprechende Arbeitsbedingungen, auch in der Privatwirtschaft, durchsetzen. Löhne und Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft werden natürlicherweise

mindestens auf dem gleichen, wenn nicht sogar auf einem höheren Niveau sein als in der Job-Garantie. Wäre das nicht der Fall, hätten Arbeitnehmer:innen keinen Anreiz überhaupt von einem JG-Job in die Privatwirtschaft zu wechseln. Private Arbeitgeber sind so gezwungen attraktivere Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen zu bieten um überhaupt an Arbeitskräfte zu gelangen. Der Niedriglohnsektor wird effektiv ausgetrocknet. Die Job-Garantie wirkt wie ein natürlicher Mindestlohn. Die JG-Jobs werden im Rahmen regionaler oder kommunaler Ebene vorgeschlagene Projekte angeboten, welche nach Prüfung des gesellschaftlichen Nutzens und ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten von zentraler Stelle finanziert werden. Im Rahmen der Jobgarantie könnte die demokratische Partizipation der Bürger:innen gestärkt werden, indem z.B. Jugendparlamente oder andere überparteiliche Interessensvertretungen in die Schaffung von JG-Jobs miteinbezogen werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten im Falle einer Rezession nicht nur die Nachfrage und damit die Konjunktur stabilisieren; positiver Nebeneffekt der JG könnte weiterhin eine höhere Konkurrenz der Unternehmen um Geringverdiener:innen sein. Asymmetrische Machtkonstellationen auf dem Arbeitsmarkt würden so effektiv bekämpft und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Damit hätten die Arbeitgeber:innen einen Anreiz, Arbeitskräfte effizienter einzusetzen. Gleichzeitig entsteht ein Depot an qualifizierten und routinierten Arbeitskräften, das je nach Bedarf der Privatwirtschaft größer oder kleiner ist. Weiterhin sollte der Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage automatisch für erhöhte Löhne sorgen, falls der Bedarf an Arbeitskräften in der Privatwirtschaft steigt. Ein Depot aus arbeitenden Personen, die der Privatwirtschaft potentiell zur Verfügung stehen (NAIBER), kann flexibler abgerufen werden, wobei Vollbeschäftigung staatlich garantiert wird. Preisstabilität kann so im Vergleich zu neoklassischen Konzepten oder zum bedingungslosen Grundeinkommen auf effizientere Weise sichergestellt werden. Sollte die Inflation in einem Wirtschaftssektor über das von der Regierung angestrebte Ziel hinausgehen wird eine restriktivere Fiskalpolitik angestrebt, welche Ressourcen aus dem inflationären Sektor abfließen lassen sollte. Die JG kann dabei als antizyklischer Stabilisator auf die Konjunktur wirken. Bei starker Konjunktur verringert sich, durch den erhöhten Bedarf an Arbeitskräften die Zahl der staatlich bezahlten Jobs. Hierdurch sinken gleichzeitig die Staatsausgaben und das Überhitzen der Konjunktur wird verhindert. Bei schwacher Konjunktur bietet die JG mehr Stellen an und verhindert so einen Konsumeinbruch. Die JG kompensiert im Gegensatz zur Arbeitslosenunterstützung oder einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht nur den Einkommensverlust, sondern auch den Beschäftigungsverlust.

7. Ein ernstgemeinter Europäischer Green New Deal (GND)

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und gleichzeitig den gesellschaftlichen Wohlstand kommender Generationen zu sichern, benötigen wir gewaltige wirtschaftliche Umwälzungen. Weitreichende Reformen, zur Beseitigung dieser Probleme benötigen allerdings eine breite, gesellschaftliche Mehrheit und müssen deshalb eine Mehrheit der Bevölkerung besserstellen um demokratisch durchsetzbar zu sein. Ein von der MMT inspirierter Green New Deal ist unausweichlich.

Der Green New Deal ist ein umfangreiches Investitionsprogramm, das die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft immens beschleunigt. Auch eine an dem Ziel der Klimaneutralität ausgerichtete Jobgarantie kann ein Element des Green New Deals sein. Ein überzeugender Vorschlag zu der Ausgestaltung eines Green New Deal wurde vom

Democracy in Europe Movement (DiEM25) vorgelegt (<https://gnde.diem25.org>).

Wie in Teil 2 der Begründung erklärt belaufen sich die volkswirtschaftlichen Kosten für den Green New Deal (GND) lediglich auf die Differenz zwischen den benötigten realen Ressourcen und den verfügbaren Ressourcen. Ein Ressourcenbedarf, der über die gegenwärtig noch verfügbaren Ressourcen hinausgeht, um die Ziele des GND zu erreichen, kann temporäre Konsumeinschränkungen notwendig machen. Diese können durch diverse fiskalische Instrumente durchgesetzt werden. So können zum Beispiel erhöhte Konsumsteuern die Nachfrage drosseln. Alternativ kann auch der obligatorische Transfer eines gewissen Teils der Arbeitseinkommen auf temporär gesperrte aber verzinste Sparkonten zu einem Konsumaufschub führen, der Einkommensbezieher:innen aber langfristig sogar besserstellt. Der finanzielle Spielraum welcher durch das zusätzliche Budget freigesetzt wurde muss eingesetzt werden, um Europas Klimaneutralität bis 2035 sicherzustellen.

8. Eine teilweise Monetarisierung der Care-Arbeit

Gerade der Wirtschaftssektor der Sozialfürsorge wird in klassischen Wirtschaftsmodellen häufig vernachlässigt. Die Unterteilung in eine Produktions- und eine private Sphäre erscheint willkürlich. Essenzielle Bereiche wirtschaftlicher Aktivität werden demnach ignoriert, übersehen oder unterbewertet. Care-Arbeit muss deshalb vom Staat entsprechend vergütet werden.

Care-Arbeit lässt sich schwer auf klassische, wirtschaftliche Modelle übertragen. Ein Fokus auf Wachstum und Effizienzsteigerung kann in der Care Arbeit nicht zu einer Qualitätssteigerung führen. Die Job-Garantie könnte nicht nur für bessere Bedingungen für alle Beteiligten in der Sozialfürsorge führen. Auch erlauben die Erkenntnisse der MMT eine konjunkturunabhängige staatliche Vergütung von Care-Arbeit über den Rahmen der Job-Garantie hinaus. Auch könnte bisher unbezahlte Care-Arbeit durch die Anerkennung als JG-Job entsprechend vergütet werden. Eine Leistung von der - vor allem - aber nicht ausschließlich Finta-Personen profitieren. Die bezahlte Care-Arbeit würde demnach als Ergänzung bei struktureller, marktwirtschaftlicher Unterversorgung dienen.

9. Schlussbemerkungen

In Thüringen bemerken wir jetzt schon, welche verheerenden Folgen fehlgeleitete Sparpolitik für Zivilgesellschaft, den Gesundheitssektor, Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen und Hilfsbedürftige hat. Entscheidungsträger:innen dürfen sich nicht mehr hinter dem Scheinargument der Budgetrestriktionen verstecken. Die erheblich größeren Budgetfreiräume ermöglichen es uns, progressive Projekte deutlich schneller voranzutreiben. Die MMT verspricht einige systemische Fehler des Kapitalismus abzumildern, kann allerdings nicht grundsätzliche Widersprüche auflösen. Ziel muss es deshalb sein, mithilfe der MMT den Kapitalismus zu überwinden. Auch für nicht arbeitswillige Personen muss eine menschenwürdige Versorgung gewährleistet werden. Ein progressiveres Steuersystem bleibt weiterhin unausweichlich, auch wenn dieses nicht zur Staatsfinanzierung beiträgt, sondern

für Inflationregulierung und zur Abmilderung sozialer Verwerfungen sorgt. Wir sehen die MMT als eine Hilfestellung für die allmähliche Einführung des Sozialismus an.